

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 4212
des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)
Drucksache 6/10418

Tätigkeit von Jugendämtern

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Viele Jugendämter sind personell teilweise schlecht aufgestellt und durch Problemfälle (Kindeswohlgefährdungen) zunehmend stärker beansprucht bzw. überlastet. Da ist es nicht immer leicht, die Gratwanderung zwischen Kindeswohl in der Familie und besorgten Hinweisen von Nachbarn zu vollziehen. Auch fühlen sich oft die Hinweisgeber nicht ernst genommen und erhalten keine für sie zufriedenstellende Behördenantwort.

Frage 1: Wie viele Hinweise zu Kindeswohlgefährdungen sind 2017 und 2018 bei den Jugendämtern eingegangen?

Frage 2: Wie viele dieser Hinweise waren berechtigt und führten zu einem Eingreifen des Jugendamtes in Form von Hausbesuchen, Betreuungsangeboten u. ä.?

Zu den Fragen 1 und 2: Werden dem Jugendamt gewichtige Hinweise für eine Kindeswohlgefährdung bekannt, so ist eine Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII von den Jugendämtern abzugeben. Die Verfahren zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung werden gemäß § 98 SGB VIII in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst. Für das Jahr 2017 wurden für das Bundesland Brandenburg insgesamt 6637 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls erfasst. Die Daten für das Jahr 2018 liegen noch nicht vor. Von den insgesamt 6637 Verfahren zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung lag nach Angabe der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik für das Jahr 2017 in 1174 Fällen eine akute Kindeswohlgefährdung¹ und in 1153 Fällen eine latente Kindeswohlgefährdung² vor. In 2063 Fällen lag ein Hilfe- und Unterstützungsbedarf vor und in 2247 Verfahren wurde weder eine Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung noch ein weiterer Hilfe- und Unterstützungsbedarf dokumentiert. Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik gibt Auskunft über neu eingeleitete Maßnahmen nach Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung. Diese beziehen sich auf mögliche Unterstützungsleistungen, Hilfen zur Erziehung, andere Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe als auch auf Inter-

¹ Akute Kindeswohlgefährdungen bezeichnen Einschätzungen, bei denen eine konkrete Gefährdung des Minderjährigen vorliegt.

² Kann eine Gefährdung des Minderjährigen zum Zeitpunkt der Einschätzung nicht ausgeschlossen werden, wird diese als latente Kindeswohlgefährdung bezeichnet.

ventionen. Insgesamt wurden im Land Brandenburg 4770 neu eingeleitete bzw. geplante Hilfen für das Jahr 2017 erfasst. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass bei der Registrierung der neu eingeleiteten bzw. geplanten Hilfen Mehrfachnennungen möglich sind. Zur Durchführung von Maßnahmen in Form von Hausbesuchen erfasst die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik keine Kennzahlen³. Die statistischen Daten für das Jahr 2018 liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Frage 3: In wie vielen Fällen kam es 2017 und 2018 zu einer Inobhutnahme des Kindes bzw. der Kinder?

Zu Frage 3: Das Jugendamt ist berechtigt und verpflichtet, einen Minderjährigen in Obhut zu nehmen, wenn dieser darum bittet, eine dringende Gefahr für das Wohl des Minderjährigen besteht oder ein ausländischer Minderjähriger sich unbegleitet in Deutschland aufhält. Für das Jahr 2017 wurden von der Kinder- und Jugendhilfestatistik für Brandenburg insgesamt 2312 vorläufige Schutzmaßnahmen erfasst. Davon erfolgten 426 Inobhutnahmen auf eigenen Wunsch eines Minderjährigen und 1886 aufgrund einer dringenden Gefährdung eines Minderjährigen. Zu berücksichtigen ist, dass ab 2017 Doppelmeldungen von Kindern und Jugendlichen in den Gesamtzahlen der Statistik möglich sind, wenn diese zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Abs.1 Nr. 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden⁴. Die statistischen Daten für das Jahr 2018 liegen noch nicht vor.

Frage 4: Gab es im Nachgang zu diesen Inobhutnahmen strafrechtliche Konsequenzen? Wenn ja, in wieviel Fällen?

Zu Frage 4: Kennzahlen zu strafrechtlichen Konsequenzen nach Inobhutnahmen werden von der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht erfasst.

Frage 5: Hinweisgeber müssen zum eigenen Schutz anonym behandelt werden. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen diese Anonymität nicht gewahrt worden ist? Wenn ja, wie viele und wo?

Frage 6: Gab es Fälle, in denen wegen Nichtwahrung der Anonymität Hinweisgeber attackiert worden sind?

Zu den Fragen 5 und 6: Hinweise von Nachbarn, Bekannten, Verwandten und aus der Familie werden anonym von den Jugendämtern aufgenommen und behandelt, sofern die Hinweisgeber dies wünschen. Der Landesregierung sind keine Fälle bekannt, in denen ein solcher Wunsch auf Anonymität nicht gewahrt wurde.

Frage 7: Muss ein Hinweisgeber in jedem Fall eine Stellungnahme mit Ergebnis der Behördenuntersuchung des angezeigten Falles erhalten?

Zu Frage 7: Für die Übermittlung einer Stellungnahme zum Ergebnis der Gefährdungseinschätzung durch das Jugendamt an den Hinweisgeber liegt keine gesetzliche Grundlage

³ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, statistischer Bericht K V 10 - j / 17, Jugendhilfe im Land Brandenburg 2017, Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII

⁴ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, statistischer Bericht K V 4 - j / 17, Jugendhilfe im Land Brandenburg 2017, Vorläufige Schutzmaßnahmen.

vor. Die Jugendämter sind in der Regel nicht befugt, nach Abwendung einer Gefährdung, Informationen zur erfolgten Gefährdungseinschätzung und ggf. anschließenden Hilfemaßnahmen an den Hinweisgeber zu übermitteln. Grundlage hierfür ist der Schutz der Sozialdaten der betroffenen Person oder Personen. Gemäß § 64 SGB VIII Abs. 1 dürfen Sozialdaten nur zu dem Zweck übermittelt werden, zu dem sie erhoben wurden. Sozialdaten, die dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe zum Zweck einer persönlichen und erzieherischen Hilfe anvertraut wurden, sind besonders zu schützen.